

Mindener Friedensblatt

PARTEIISCHE, ANTI-MILITARISTISCHE ZEITUNG

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

In der Mindener Stadthalle tagt heute der 16. Sicherheitspolitische Kongress. Wir möchten Sie hier draußen mit den neuesten Entwicklungen bekannt machen.

Wir, die Vertreter der Rüstungsindustrie, der Bundeswehrführung, der Reservistenverbände und der mit ihnen verbandelten Medien und Think-Tanks wie die Bertelsmann-Stiftung,

verkünden heute feierlich:

Atomwaffen bald abgeschafft!

Die Ankündigung des neuen US-Präsidenten Obama, eine atomwaffenfreie Welt anzustreben, wird endlich Wirklichkeit. Alle auf deutschen Boden stationierten US-amerikanischen Atombomben werden abgezogen und aus dem Verkehr gezogen. Die deutschen Atomwaffenträger Tornado werden demnächst verschrottet. Die USA werden mit allen Atomwaffen-Staaten einen Vertrag abschließen, wonach diese Sprengköpfe gleichzeitig abgerüstet werden. Die Entsorgung macht allerdings erhebliche Probleme, da auch ein weltweiter Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen wurde. Denn die Entsorgung der radioaktiven Abfälle, die über Jahrtausende lang strahlen, erwies sich als nicht lösbar, ohne die Existenz der Menschheit zu gefährden.

NATO aufgelöst!

Wir haben in der Vergangenheit immer wieder Bedrohungen erfunden und propagiert – nur damit unsere Rüstungsgeschäfte gut liefen. Damit haben wir ranghohe Militärs unsere Arbeitsplätze gesichert und durch Aufrüstung unseren Einfluss erhöht.

Damit ist nun Schluss.

Denn Frieden ist nur möglich, wenn weltweit Gerechtigkeit herrscht, wenn weltweit alle Menschen eine soziale Perspektive haben. Jährliche Militärausgaben der NATO in Höhe von 823 Milliarden US-Dollar werden nun umgelenkt. Ein Ende des Wettrüstens ist in Sicht. Waffenexporte werden die Welt nicht mehr unsicher machen und der Kriegspolitik noch mehr Argumente liefern.

Rüstungsausgaben fallen weg, nur noch zivile Aufträge!

Wir haben eingesehen, dass die weltweite Verschleuderung von Ressourcen beendet werden muss. Gerade Militär und Krieg verschwenden die Ressource Öl, das zur Neige geht. Um Gas und Öl müssen keine Kriege mehr geführt werden. Mehr als 33 Milliarden Euro stehen nun in unserem Lande für zivile Aufgaben zur Verfügung. Diese Mittel werden nun in der Krise besonders dringend gebraucht. Für Arbeit, Soziales, Klimaschutz. Die Rüstungsaufträge werden durch gesellschaftlich wichtige Aufgaben z.B. zum Klimaschutz und alternative Energien ersetzt. Das bringt mehr Arbeitsplätze als es mit Rüstungsaufträgen möglich ist. Menschen müssen nicht länger als Soldaten für Großmachtinteressen und die wirtschaftliche Expansion und den Profit von Konzernen ihre Gesundheit und ihr Leben aufs Spiel setzen.

Die Bertelsmann-Stiftung wird ihre Lobbyarbeit für den Bertelsmann-Konzern, für Privatisierung und Militarisierung beenden!

Wir von der Bertelsmann-Stiftung haben unsere Arbeit immer als uneigennützig dargestellt. Dabei hatten wir doch das Ziel, dem Bertelsmann-Konzern nicht nur Steuern sparen zu helfen, sondern ihm Aufträge zu besorgen. Deshalb setzen wir uns für die Privatisierung der verschiedensten öffentlichen Aufgaben ein.

Wir wollten, dass die Bertelsmann-Tochter Arvato auch ein Stück vom Kuchen des Rüstungsgeschäfts abbekommt und Aufträge für die Bundeswehr und die Nato erhielt.

Wir halfen mit, den größten Sozialraub in der Geschichte der Bundesrepublik in Form der Hartz IV-Gesetze auf den Weg zu bringen und strickten mit an der undemokratischen Verfassung für Europa. Und der Bertelsmann-Konzern mit seinen Medien beeinflusste dafür die öffentliche Meinung. Eifrig propagierten wir die Militärmacht Europa und eine Großmachtpolitik. Wir gehörten zu den einflussreichen Wegbereitern und Propagandisten neoliberaler und militaristischer Politik. Wir halfen mit, die Welt unsicher zu machen und in die Krise zu führen. Wir sehen ein, das war ein Fehler.

Zivil-militärische Zusammen- arbeit beendet!

Unter dem Deckmantel einer angeblichen Bedrohung durch „Terroristen“ planten wir, die Bundeswehr auch im Inneren einzusetzen. Es gab bereits Übungen, in denen Soldaten gegen Streikende eingesetzt wurden. Und obwohl das Grundgesetz es verbietet setzten wir die Bundeswehr immer häufiger im Inneren ein und machten Polizei und Militär einander immer ähnlicher. Wir wollten uns damit auf größere soziale Unruhen vorbereiten und unsere Macht mit allen Mitteln sichern, auf Kosten der Demokratie.

Doch damit ist nun Schluss.

Jegliche Zivil-militärische Zusammenarbeit wird beendet. Die Abrüstung öffnet den Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit und sichert damit unsere demokratischen und sozialen Rechte.

**Wir hoffen auf Ihr
Verständnis und
Ihre Unterstützung !**



Vorsicht Satire!